

Angemerkt: Strangulierte Kommunen

Trotz gestiegener eigener Steuereinnahmen will die CDU-Landesregierung die Zuweisungen für die Kommunen in den nächsten zwei Jahren um weitere 478 Millionen Euro kürzen.

Dabei hatte das Thüringer Verfassungsgericht vor zwei Jahren entschieden, dass die Ausgestaltung der Landeszuweisungen verfassungswidrig ist und bis Ende dieses Jahres neu bestimmt werden muss. Die Kommunen, so die Richter, haben einen Anspruch auf eine angemessene Finanzausstattung. Der Landesregierung wurde aufgetragen, die Kosten für die Pflichtaufgaben zu ermitteln. Die Kommunen sollen auch noch freiwillige Aufgaben realisieren können.

Seit Jahren sind die Thüringer Kommunen unterfinanziert. Sie müssen Einrichtungen schließen, Leistungen einschränken, Personal entlassen, Vermögen verkaufen, Investitionen vernachlässigen. Deshalb war man davon ausgegangen, dass die Kommunen ab 2008 wieder mehr Landesmittel erhalten.

Aber nachdem die Landesregierung ihre Vorstellungen zum neuen kommunalen Finanzausgleich veröffentlicht hatte, trat Ernüchterung ein und wurde berechtigte Empörung laut. Die Kommunen will man zwingen, die Grund- und Gewerbesteuer erheblich anzuheben und dies zu einer Zeit, in der Bund und Länder eine steuerliche Entlastung der Unternehmen beschlossen haben. Widersprüchlicher geht es nicht.

Die Kostenermittlung erfolgt mit abenteuerlichen Berechnungsmethoden. Die Kommunen sollen künftig gerade noch drei Prozent für freiwillige Aufgaben ausgeben, einschließlich der Eigenanteile für Investitionen. Die Investitionspauschale, bisher oft einzige Finanzierungsquelle für Investitionen, wird ersatzlos gestrichen. Pro Einwohner verlieren damit die Gemeinden und Landkreise rund 20 Euro im Jahr. Wer künftig Defizite im Haushalt aufweist, wird keine Investitionen mehr tätigen können.

Die Landesregierung will gleichzeitig über Regelungen im Finanzausgleich kommunale Neugliederungsmaßnahmen fördern. Trotz aller Bedenken bleibt sie beim Freiwilligkeitsprinzip und dies ohne landesplanerische Zielvorgaben.

Die Thüringer Kommunen müssen jetzt noch deutlicher einen gerechten und planbaren kommunalen Finanzausgleich fordern. Sie haben lange genug einen überproportionalen Beitrag zur Konsolidierung der Landesfinanzen geleistet.

Die SPD fordern nunmehr Neuwahlen, ohne jedoch eigentlich bisher deutlich zu sagen, wie sie sich den künftigen kommunalen Finanzausgleich vorstellt.

Ich bin für ein "Krisengipfel", an dem neben den kommunalen Spitzenverbänden und dem Ministerpräsidenten auch die drei Fraktionsvorsitzenden teilnehmen sollten. Der Landtag muss jetzt Verantwortung übernehmen, nachdem sich die Landesregierung dieser Verantwortung entzogen hat.

Frank Kuschel